

"Welche Konsequenzen haben solche Aktionen? Manchmal haben sie wirklich Auswirkungen: Die Quellen der Verschmutzung werden beseitigt und den davon Betroffenen wird eine Entschädigung gezahlt. In anderen Fällen muß die betroffene Gemeinde leider das Leid geduldig mit der Hoffnung ertragen, daß eines Tages auch ihr Fall behandelt wird. Allerdings, allein die Existenz einer Organisation wie SAM ermutigt die armen Dorfbewohner, ihrem Kampf für eine ehrenvolle Existenz fortzuführen."

(aus: P.C. Mohan, The Work of SAM in Malaysia, in: Ideas and Action Nr.156 Feb.1984, Hrsg. FAO, wird von SAM als Selbstdarstellung verschickt.)

SAM arbeitet bei ihrer Bildungsarbeit mit der Consumers Association of Penang - CAP - zusammen. Über ihre Rechtsform, Mitgliedschaft (Anzahl, Art usw.), organisatorische Arbeitsweise (hauptamtliche oder ehrenamtliche Mitarbeiter) und Finanzierungsart liegen uns keine Informationen vor.

Seit 1982 gibt SAM zweimonatlich die Zeitung SUARA SAM (Stimme SAMs) in englischer und malaischer Sprache und zweimonatlich die Zeitschrift "Environmental News Digest" in englischer Sprache heraus. SUARA SAM bezieht sich im wesentlichen auf Malaysia, während "Environmental News Digest" über die gesamte Welt berichtet. Seitdem SAM im Oktober 1983 eine Konferenz über Entwicklung, Umwelt und die Krise der natürlichen Ressourcen im asiatisch-pazifischen Raum organisiert hat, sind sie die Koor-

dinatoren des Asia-Pacific Peoples' Environment Network (Umweltnetzwerk der asiatisch-pazifischen Völker) APPEN (in welchem allerdings EPSM und CETDEM nicht mitarbeiten). Von ihnen wird eine Vierteljahreszeitschrift mit dem Namen Asia Pacific Environment Newsletter herausgegeben. Für APPEN haben sie einen monatlichen Artikeldienst eingerichtet, der Berichte über umweltbezogene Probleme zur Weiterveröffentlichung liefert. Einen entsprechenden Artikeldienst gibt es von SAM für Malaysia.

Veröffentlichungen

State of the Malaysian Environment - Development Without Destruction 1980/81

State of the Malaysian Environment Deteriorating Quality of Life 1981/82

State of the Malaysian Environment - Towards Greater Environmental Awareness 1983/84, Penang 1983, 96 S.

Pesticide Problems in a Developing Country - A Case Study of Malaysia, Penang 1983 (?)

State of Malaysian Environment 1984 (Dossier)

Papan Radioactive Waste Dump Controversy, Penang 1984, 83 S.

Adresse

Sahabat Alam Malaysia - SAM,
37, Lorong Birch
10250 Penang, Malaysia
Tel. 376930

KÜRZLICH ERSCHIENEN



isp-pocket 13
128 Seiten, DM 12,80



isp-pocket 15
112 Seiten, DM 10,80



isp-pocket 14
152 Seiten, DM 14,80
isp-Verlag GmbH
Postfach 11 10 17
6000 Frankfurt/M. 1

NACHRICHTEN

Malaysia

Thomson übernimmt Mosteks Malaysia in Penang

Der große französische Elektrokonzern Thomson hat kürzlich Mostek Malaysia in der Freihandelszone Bayan Lepas auf der Insel Penang von der US Firma United Technologies übernommen. Mostek war einer der großen US Elektronikunternehmen in Malaysia mit 3 300 Beschäftigten Anfang letzten Jahres, welches geschlossen werden sollte (vgl. SOAI 2/85 S.26 u. 4/85 S.33). Die neue Firma soll Thomson Components Malaysia heißen und wird etwa 400 der früher von Mostek beschäftigten übernehmen und wird sich auf die Montage von hochtechnologischen Elektro- und elektronischen Geräten spezialisieren.

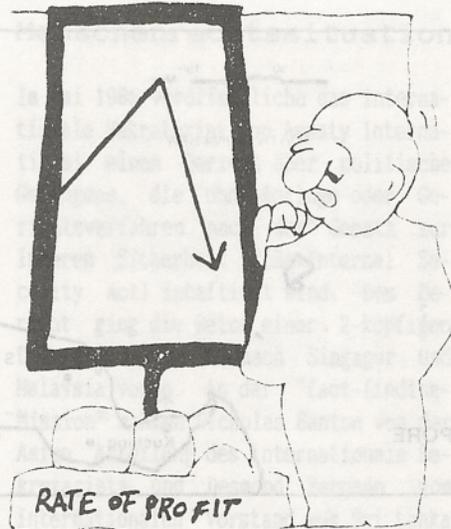
Vgl. ALM Vol.3 No.1 S.15

Wachstumsrate fällt NEP ausgesetzt

Die Schätzungen für die Wirtschaftswachstumsrate des laufenden Jahres mußten von 5,6% auf 1,6-2% verändert werden. So weit ist inzwischen Malaysia von der Krise betroffen. Premierminister Mahathir Mohamad teilte am 28.Mai in einem Fernsehinterview der Australian Broadcasting Corporation mit, daß die wirtschaftliche Lage die malaysische Regierung dazu zwingt, die NEP (New Economic Policy=Neue Ökonomische Politik) vorübergehend außer Kraft zu setzen. Erst müßte wieder wirtschaftliches Wachstum erreicht werden und dann könne an der Umstrukturierung der Wirtschaft entsprechend der NEP weitergearbeitet werden. Ein Maßnahme ist die Verstärkung ausländischer Investitionen im Land. Neue Investitionen zu 100% in

ausländischen Besitz, können wieder vorgenommen werden, insbesondere auf exportorientierte Produktion. Selbst die festgelegten Quoten des Besitzanteils an Unternehmen, die unter dem NEP gegründet wurden, können möglicherweise aufgehoben werden.

Vgl. FEER 12.6.86, S.17f



Entlassungen

Von den 100 000 Entlassungen im Jahr 1985 (vgl. SOAI 1/86 S.31) waren 8 763 Arbeiter aus den Zinnminen. Die Zinnkrise (vgl. SOAI 4/85 S.35) hat somit 37% der insgesamt in diesem Bereich Beschäftigten den Arbeitsplatz gekostet. Zum Jahresanfang waren noch 23 461 im Zinnabbau beschäftigt. In der Automobilindustrie - vorwiegend Montagewerke - haben rd. 4 000 Arbeiter ihre Arbeit verloren. Die zuständige Gewerkschaft teilte mit, daß 1 755 ihrer 4 500 Mitglieder oder 39% ihre Arbeit verloren. In Penang entließ die staatliche Besitz befindliche Werft Penang Shipbuilding Corporation im Februar 140 ihrer Beschäftigten.

Im Textilbereich wird für März/April damit gerechnet, daß weitere 1 300 Beschäftigte ihre Arbeit verlieren werden.

Die zunehmenden Entlassungen waren auch Thema des 5. "Dialogue of Concern" am 23.3.86 in Kuala Lumpur. 18 Organisationen, Gewerkschaften und Parteien waren zusammengekommen, um sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen. Darunter befanden sich alle existierenden größeren Oppositionsparteien, der Gewerkschaftsdachverband MTUC, der Bundeszusammenschluß der Verbraucherorganisationen FOMCA und nicht-staatliche Organisationen wie Aliran, die Umweltschutzorganisation EPSM und die islamische Jugendorganisation Abim. 17 Organisationen verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung zum Thema. Darin werden in Thesenform die Ursachen für Entlassungen genannt, die unter anderem in der Weltmarktabhängigkeit, der exportorientierten Industrialisierung, der kapitalorientierten Wirtschaft und den

bürokratischen Hindernissen gesehen werden. Als kurzfristige Maßnahmen werden u.a. die Einführung einer Institution, die mit Vertretern der Regierung, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, der sozialen Aktionsgruppen, der politischen Parteien und Akademiker besetzt wird, und Entlassungen beobachtet und registriert.

Eine nationale Stiftung zur Hilfe für die Entlassenen sollte eingerichtet werden, in welche die Regierung M\$ 1 Mio als Anfang einzahlt und später alle Bereiche des öffentlichen Lebens insbesondere größere Firmen einzahlen sollten. Alle Arbeitgeber sollte 1% ihrer Profite vor Steuerabzug beisteuern. Ebenso wird die Einführung und Durchsetzung fortschrittlicher Arbeitsgesetze geordert.

Langfristig sollte die Wirtschaft von einer abhängigen in eine selbstversorgende in allen wesentlichen Bereichen geändert werden. Die Schere zwischen arm und reich muß durch eine gerechte Verteilung des Wohlstandes und des Einkommens wieder geschlossen werden. Auch sollte der Lebensstil eines solchen neuen Wirtschaftens entsprechen und Einfachheit und Bescheidenheit sollten die vorherrschenden Werte sein. Das bedeutet insbesondere für die Eliten, daß sie ihren Lebensstil ändern müßten.

Die gemeinsame Erklärung wurde nur von 17 der teilnehmenden Organisationen unterzeichnet. Die Partei Gerakan, Mitglied in der Regierungskoalition und auch anwesend, enthielt sich einer Zustimmung.

Vgl. ALM Vol.2 No.5/6 S.41, Vol.3 No.1 S.19,20,22,34; ALIRAN Vol.VI No.4 S.10, No.5 S.9-11.

Bürgerkomitee zur Kontrolle der Parlamentsabgeordneten

RADAR (Rakyat Sedar) sollen die Bürgerkomitees heißen, die Aliran gründen will. Sie sollen aus 5-6 unabhängigen Bürgern, die in keiner politischen Partei aktiv sind, in den Wahlbezirken zur Kontrolle der Parlamentsabgeordneten gewählt werden. Das Bürgerkomitee soll die Kandidaten, die sich zur nächsten Wahl stellen, befragen, und somit den Wählern Vergleichsmöglichkeiten geben. Außerdem soll sie die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen kontrollieren und unlautere Methoden bekannt machen. Nach den Wahlen soll ihre Aufgabe in der Kontrolle des Abgeordneten liegen und der Bevölkerung dabei helfen, an ihn mit seinen Forderungen heranzutreten bzw. von ihm informiert zu werden.

Die Mitglieder der Bürgerkomitees RADAR müssen nicht notwendigerweise Mitglieder von Aliran sein, sollten sich aber als Gruppe an die Grundsätze von Aliran halten.

Bis zu den Wahlen für das Bundesparlament in nächster Zukunft (genauer Termin ist noch nicht bekannt) sollen bereits einige Gruppen gebildet werden.

Vgl. Aliran Vol.VI No.5, 1986 S.4f

worüber wir nicht berichteten ...

...die Spannungen innerhalb UMNO nach Musa Hitams Rücktritt und die Kabinettsumbildung (FEER 20.3.S.17f,27.3.S.16,3.4.S.25ff,17.4.S.18f,15.5.S.10,22.5.S.25 1986; AW 13.4.S.29f, 20.4.S.22 1986; IN 4/5 1986 S.12-14)

...die Anklage gegen einen PAS Führer wegen "ungesetzlicher" Gebetsschulen (FEER 8.5.86 S.16)

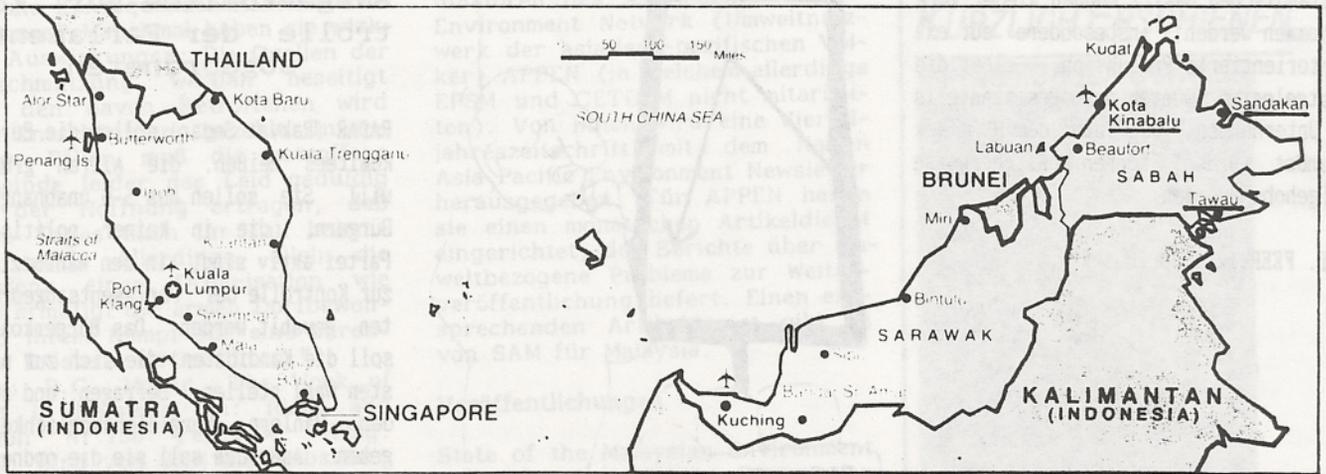
...den Inhalt des BMF Berichtes und die öffentliche Diskussion darüber (Vgl. Literaturhinweise)

...den Konflikt in einer der Regierungsparteien des Bundesstaates Sarawak (FEER 5.6.86 S.14-16; AW 25.5.86 S.24)

Smoking
or Health



The choice is yours



Wahlerfolg Pairins in Sabah trotz vorangegangener Unruhen

Die Wahlen zum Parlament des malaysischen Bundesstaates Sabah am 5./6. Mai haben nun endgültig klare politische Verhältnisse geschaffen. Der bereits im April 1985 spektakuläre Wahlsieg der PBS (Parti Bersatu Sabah = Vereinigte Sabah Partei) unter Datuk Joseph Pairin Kitingan (vgl. SOAI 2/85 S.25) wurde dieses Mal noch übertroffen. Von den insgesamt 48 Parlamentssitzen gewann PBS 34 gegenüber 25 im April 1985. USNO (United Sabah National Organisation = Vereinigte Sabah National Organisation) eine auf malaiische Muslime ausgerichtete Partei mußte sich mit 12 Sitzen (vorher 16) zufrieden geben und die Berjaya Partei, die bereits bei den April Wahlen 1985 als Regierungspartei mit vorher 44 Sitzen auf nur 6 Sitze geschrumpft war, konnte nur noch einen Sitz erringen. Die neu gegründete SCCP (Sabah China Consolidated Party = Sabah Chinesen Zusammenschluß Partei) erhielt einen Sitz, der praktisch PBS zugute kommt, da SCCP von anfang an ihre Unterstützung für Pairin zugesagt hat.

Bei einer Wahlbeteiligung von 73,8% (1985: 69,4%) bedeutete dieser Wahlerfolg, daß PBS von allen in Sabah vertretenen Rassen ihre Stimmen erhalten hatte und Pairin nicht zu Unrecht nach dem Wahlausgang seine Partei als "Koalition der Rassen bezeichnen konnte. Er reagierte damit auf die Frage, ob PBS eine Koalitionsregierung mit USNO bilden würde, um eine multirassische Regierung zu haben, wie es während der unruhigen Zeiten vor den Wahlen von der malaysischen Bundesregierung im fernen Kuala Lumpur vorgeschlagen worden war. Die Neuwahlen im Mai wurden nötig,

nachdem das Parlament des Bundesstaates auf Antrag seines Ministerpräsidenten Pairin vom Gouverneur Tun Mohamed Adna Robert am 26.2.1986 aufgelöst wurde. (Vgl. SOI 1/86 S.29, wo aufgrund eines Druckfehlers fälschlicherweise der 24.1.86 als Datum für den Antrag auf Auflösung angegeben wurde.) Nach der Verfassung müssen dann innerhalb von 90 Tagen Neuwahlen stattfinden. Pairin sah sich zu diesem Schritt gezwungen, weil 6 Abgeordnete seiner Partei einen Übertritt an die Opposition ankündigten. Verschiedenen Berichten zufolge sind ihnen Summen von M\$ 500000 bis 1 Mio (=DM 580000 bis 1.16 Mio) für einen Übertritt angeboten wurden.

Allerdings schienen der Opposition Neuwahlen auch nicht recht zu sein. Ein unabhängiger Abgeordneter Ghapur Salleh legte daher Einspruch gegen die Parlamentsauflösung beim Obersten Gericht ein. Am 12.3. fand eine Anhörung vor Gericht dazu statt und am 17.3.86 entschied es, daß die Auflösung rechtmäßig sei. In der Zeit vom 12.-19. März kam es zu den schwersten Unruhen, die Sabah seit ihrem Eintritt in die malaysische Föderation 1963 erlebte. 30 Anschläge mit kleinen, hausgemachten Bomben und zahlreiche Brandanschläge werden in der Zeit aus den Städten Kota Kinabalu, Sandakan und Tawau gemeldet. Bei einem Brandanschlag in Tawau am 12.3. auf eine Ladenlokal wurden 2 Frauen dabei getötet.

In Kota Kinabalu gab es mehrere Demonstrationen. Ausgelöst wurden sie durch das Anstreichen von Kreuzen (als christliches Symbol) in der Nacht vom 12.-13.3. auf die Zäune der Staatsmoschee. USNO und Berjaya Anhänger besetzten daraufhin aus Protest gegen diese Entweihung die Moschee und woll-

ten so lange bleiben, bis die malaysische Bundesregierung in Kuala Lumpur eingreifen würde, denn die PBS Regierung war ihrer Auffassung nach anti-islamisch. Der Führer von USNO Tun Mustapha Harun, 1967-75 einmal selbst Ministerpräsident des Bundesstaates Sabah und bekannt für seine korrupte und repressive Regierung, trat in dieser Zeit mehrfach bei Kundgebungen auf und kritisierte in demagogischer Weise die Regierung Pairins. Das Kalkül von USNO und Berjaya war es, daß die Bundesregierung in Kuala Lumpur den Notstand ausrufen und die Regierungsgeschäfte in Sabah übernehmen würde. Die gemeldete Anzahl der Demonstranten schwankte bei verschiedenen Anlässen zwischen 1000 und 2500. Davon bestand der Kern aus Anhängern von USNO und Berjaya und die übrigen waren islamische Flüchtlinge aus den Philippinen, die vor allem unter der UNSNO Regierungszeit ohne Schwierigkeiten ins Land geströmt sind.

Einige Beobachter behaupten, daß diesen Philippinos pro Tag M\$ 10 für ihre Teilnahme an den Kundgebungen und Demonstrationen gezahlt wurden. Es gab mehrere heftige Zusammenstöße mit der Polizei, wobei ein Mann erschossen und ein 14-jähriger Junge beim Davonlaufen von einem Auto überfahren wurde. Außer den verschärften Polizeieinsatz, einigen Verhaftungen (aber nicht der führenden Leute von USNO und Berjaya) und einer 12-stündigen Ausgangssperre von abends bis morgens wurde keine weiteren Maßnahmen ergriffen. Auch Kuala Lumpur schien keinerlei Interesse an einem Eingreifen in Sabah gehabt zu haben, da die Koalition der Bundesregierung mit dem Rücktritt des stellvertretenden Premierminister Musa Hitam (vgl. SOAI 1/86 S.31) genügend eigene Probleme hatte. Allerdings versuchte

der Premierminister Datuk Seri Mahatir Mohamad bei einem Besuch am 24.3. in Kota Kinabalu zwischen den Parteien zu vermitteln. Als zentralen Punkt schlug er die Bildung einer Koalitionsregierung zwischen PBS, USNO und Berjaya vor. PBS lehnte jedoch ab und wollte erst den Ausgang der Wahlen abwarten, bei der sie sich einen hohen Sieg versprach.

Die Ereignisse in Sabah wurden mit großer Aufmerksamkeit von oppositionellen Parteien und Gruppierungen in West-Malaysia beobachtet. Die DAP (Democratic Action Party = Demokratische Aktionspartei) verzichtete auf eine Kandidatur ins Sabah zu Gunsten von PBS. Viele sahen in PBS erstmalig eine funktionierende, multirassische Partei, die eine breite Unterstützung in der Bevölkerung findet. In Malaysia ist ansonsten das Parteiensystem stark nach Rassen orientiert.

Kritiken an den Versuchen der Bundesregierung in Kuala Lumpur, auf die Ereignisse in Sabah Einfluß zu Gunsten von Berjaya und USNO zu nehmen, wurden laut.

Nach dem überzeugenden Wahlsieg und der 2/3 Mehrheit von PBS wird Pairin eine Verfassungsänderung vornehmen, die ein Überwechseln von Parlamentsabgeordneten von einer zur anderen Partei uninteressant machen soll. In einem solchen Fall müßte der Abgeordnete dann sein Mandat niederlegen und es würden Neuwahlen für den entsprechenden Wahlbezirk stattfinden.

Auch die Parteienkoalition - die Barisan Nasional (= Nationale Front) - der Bundesregierung in Kuala Lumpur hat am 5. Juni ihre Konsequenzen aus dem Wahlausgang gezogen. Sie entschied einstimmig PBS und USNO in ihre Koalition auf Bundesebene mitaufzunehmen. PBS hatte dies mehrfach in diesem und im vorherigen Jahr erfolglos beantragt. Dort sind nun alle 3 Parteien vertreten.

P.F. nach FEER 27.3.S.14f, 3.4.S.14, 10.4.S.13f, 24.4.S.13ff, 1.5.S.15, 15.5.S.14f, 22.5.S.10, 19.6.S.12, 1986; AW 30.3.S.35ff, 6.4.S.25ff, 13.4.S.27f, 27.4.S.31ff, 4.5.S.24, 18.5.S.32ff, 1986; MB 16.5.86 S.5f; Aliran Vol.VI No.4 S.2-9 u.5 S.5, 16f, 1986.

Menschenrechtssituation

Im Mai 1986 veröffentlichte das internationale Sekretariat von Amnesty International einen Bericht über politische Gefangene, die ohne Anklage oder Gerichtsverfahren nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA=Internal Security Act) inhaftiert sind. Dem Bericht ging die Reise einer 2-köpfigen Delegation von AI nach Singapur und Malaysia voran. An der "fact-finding-Mission" nahmen Nicholas Banton von der Asien Abteilung des internationalen Sekretariats und Desmond Fernando vom internationalen Vorstand aus Sri Lanka teil. Der 10-seitige Bericht setzt sich mit dem ISA (vgl. SOA-Informationen 1/86 S.27), den Verhaftungen, Vernehmungsverfahren, Haftbedingungen und Freilassungsbedingungen auseinander. Einige der politischen Gefangenen würden bereits seit 1972 ohne Anklage und Verfahren inhaftiert sein. Z.T. würden sie in einigen besonderen Gefängnissen in Isolationshaft in einem Raum von der Größe von 2,40 x 1,80 m gehalten. Dem Bericht ist eine Namensliste von 69 Gefangenen beigefügt.

Die malaysische Regierung wurde von dem Besuch vorinformiert, aber kein höherer Regierungsvertreter war bereit, die Delegation zu empfangen. Dagegen wurde im malaysischen Parlament auf Anfrage vom stellvertretenden Innenminister am 19.3.86 behauptet, daß AI für dieses Jahr eine "Verschwörung" gegen Malaysia vornehmen würde, wie sie es jedes Jahr mit einem anderen Land machen würden. Er teilte mit, daß wöchentlich etwa 3 Briefe von AI kommen würden, in denen die Freilassung von politischen Gefangenen, die nach dem ISA inhaftiert worden seien, gefordert wird.

Am 28.3.86 teilte derselbe Minister vor dem Parlament auf Anfrage mit, daß bis zum Januar dieses Jahres 107 Menschen in Zusammenhang mit Rauschgiftdelikten zum Tode verurteilt wurden. Bei 32 von ihnen sei die Strafe bereits vollstreckt. 253 wurden mit lebenslänglich bestraft.

Vgl. AI-Bericht (AI Index ASA 28/05/86) AI-Canadian Section, Mitteilung vom 15.4.86; STAR 20.3.86; NST 20.3.86; National Echo 29.3.86.

Literaturhinweise

Aliran, *Dialogue On Democracy*, 1985, Penang / Selbstverlag / 86 S.

Amesty International, *Malaysia . The Detention of Political Prisoners Without Charge or Trial Under the Internal Security Act*, 1960, 1986, London / 14 S.

Bahseri Abas, *Malaysian Election: Formular for Disaster BHP+MCA+PASBN-1M*, in: *Inside Asia* April-May 1986 S.12-14, 1986. London / Selbstverlag / 3 S.

Bartholomew, James, *Super-Scale Allegations, London Court Told of Massive Unauthorised Payments to Carrian*, in: *Far Eastern Economic Review* 12.6.1986 S.144 - 145, 1986, Hongkong / Selbstverlag / 2 S.

Chinese Guilds and Associations of Malaysia, *Joint Declaration by the Chinese Guilds and Associations of Malaysia 1985*, 1985, o.O. / 21 S.

Clad, James, *The Federation Works But Faces New Problems*, in: *Far Eastern Economic Review* 3.4.1986 S.25-34, 1986, Hongkong / Selbstverlag / 8 S.

Communist Party of Malaya, *Struggle for the Realization of the Specific Programme of the Communist Party of Malaya at the Present Time, Statement of the Central Committee of the Communist Party of Malaya on the 55th Anniversary of the Founding of the Party (29th April, 1985)*, 1985, o.O. / 10 S.

Cotrell, Robert, *The Carrian Connection - The Noordin Report, A Malaysian Bank's Links to a Collapsed Hongkong Empire*, in: *Far Eastern Economic Review* 20.3.1986 S.151 - 153, 1986, Hongkong / Selbstverlag / 3 S.

Environmental Protection Society, Malaysia, *Bakun Dam - A Recipe for Success or Disaster ?*, in: *Alam Sekitar* Vol.11 No.1, S.16-19, 1986, Kuala Lumpur / Selbstverlag / 4 S.

Graf, Roger, Manser, Bruno, *Die Punan*, 1986, o.O. / 8 S.

Gurmit Singh, *Environmental Protection Society, Malaysia, Environmental & Technical Dimensions of Bakun Controversy*, in: *Alam Sekitar* Vol.11 No.1, S.20-23, 1986, Kuala Lumpur / Selbstverlag / 5 S.

Gurmit Singh, *Environmental Protection Society, Malaysia, EPSM's Assessment of the Fifth Malaysia Plan's Environment Chapter*, in: *Alam Sekitar* Vol.11 No.1, S.7-8, 1986, Kuala Lumpur / Selbstverlag / 3 S.

Jayasankaran, S., Lim, Angeline, *Migrant Labour - Stemming the Tide*, in: *Malaysian Business* 16.4.1986 S.7-15, 1986, Kuala Lumpur / Selbstverlag / 7

Jayasankaran, S., *Privatisation: Labour Pains*, in: *Malaysian Business* 1.3.1986 S.13-18, 1986, Kuala Lumpur / Selbstverlag / 6 S.